

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema	Parteien
Schlagworte	Einkommenssteuer
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1965 - 01.01.2022

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Brändli, Daniel
Müller, Eva
Rinderknecht, Matthias

Bevorzugte Zitierweise

Brändli, Daniel; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteien, Einkommenssteuer, 1993 - 1999*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Grosse Parteien	1
Liberales Parteien	1

Abkürzungsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Grosse Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 10.10.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

In den Entwurf des neuen SP-Wirtschaftsprogramms wurden der **soziale, ökologische und feministische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft** als programmatische Schwerpunkte für die nächsten zwölf Jahre aufgenommen. Dieser Entwurf sieht auch vor, mit verschiedenen fiskalischen Massnahmen eine Umverteilung der Steuern zu Lasten der Wohlhabenden und der florierenden Unternehmen vorzunehmen. Parteiinterne Kritiker warfen den Autoren des Papiers allerdings vor, sich allzu wirtschaftsfreundlich zu geben und die Grundsätze der Sozialdemokratie aufs Spiel zu setzen; insbesondere könne nicht einfach hingegenommen werden, dass der Bruch mit dem Kapitalismus kein ausdrückliches Ziel mehr sei. Der Entwurf wurde in die Sektionen zur Stellungnahme gegeben.¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 28.06.1994
EVA MÜLLER

Als einzige Regierungspartei wollte die SP für die Sanierung der Bundeskasse neben Einsparungen von 3,2 Mia CHF auch auf **Mehreinnahmen von 1,6 Mia CHF** zurückgreifen. Vorgeschlagen wurde von der SP-Fraktion etwa eine Erhöhung des Treibstoffgrundzolls um 20 Rappen und eine Reichtumssteuer. Ausserdem forderte die Partei die Einfrierung der realen Landwirtschaftsausgaben und die Sanierung der SBB auf Kosten der Strassenrechnung. Ein Moratorium im Sozialwesen, wie es von Arbeitgeberseite gefordert worden war, wies die Partei zurück und sprach sich im Gegenteil für mehr Sozialstaat aus.²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 18.12.1997
EVA MÜLLER

Angesichts von Unternehmensfusionen, die einerseits explodierende Börsengewinne, andererseits den Abbau von Arbeitsplätzen brachten, aber auch aufgrund von publik gewordenen Steuertricks einiger Reicher forderte die SP im Dezember eine Sondersession für mehr Steuergerechtigkeit. Weiter verlangte sie die Einführung einer «ergiebigen und griffigen» Kapitalgewinnsteuer per Dringlichkeitsrecht, eine Depotabgabe von 0,1% auf allen verwalteten Vermögen, eine nationale Erbschaftssteuer und eine «echte» Steuerharmonisierung. Im Januar 1998 hielt das Parlament eine halbtägige Sitzung zum Thema Steuern ab, zur **geforderten Sondersession kam es nicht**.³

VOLKSINITIATIVE
DATUM: 28.08.1999
DANIEL BRÄNDLI

Wohl auch mit dem Hintergedanken, im **Wahljahr 1999 ihre Finanzpolitik ins rechte Licht zu setzen**, kündigte die FDP die Lancierung einer Volksinitiative für ein Steuer-Moratorium an. Die FDP befürchtete, dass in Zukunft zu viele einzelne Steuerprojekte an die Urne kämen, deren Auswirkungen auf das Steuersystem insgesamt nicht genügend berücksichtigt würden. Obwohl es in den Kantonen Genf und Jura einige Vorbehalte gab, beschloss die Delegiertenversammlung vom August in Freiburg einstimmig und ohne grosse Diskussion die Lancierung der Initiative.⁴

Liberale Parteien

WAHLEN
DATUM: 24.10.1999
DANIEL BRÄNDLI

Ende September konnten die Liberalen im Kanton Genf einen Abstimmungserfolg verzeichnen. Per Volksinitiative verlangten sie die **Senkung der Einkommenssteuer** und hatten Erfolg. In den eidgenössischen Wahlen setzten **die Liberalen ihren schleichenden Niedergang fort**. Sie verloren einen Sitz im Nationalrat und ihre beiden letzten Ständeratssitze (Neuenburg und Waadt) nachdem der Genfer Sitz bereits vor vier Jahren an die SP gegangen war.⁵

1) Bresche Magazin, 1993, Nr. 12, S. 7 ff.; TA vom 26.6.93; Presse vom 28.6., 7.9. und 18.10.93; SP-Pressedienst vom 21.9.93; Ww vom 23.9.93; SoZ vom 10.10.93

2) SP-Broschüre (1994). Sozial, umweltbewusst und solidarisch; TA und NZZ, 28.6.94

3) TA, 18.12.97

4) BZ, 9.2.99; SGT, 10.2.99; SHZ, 23.6.99; Presse vom 30.8.99

5) SGT, 13.10.99; Presse vom 25.10., 30.10. und 9.11.99; BaZ, 8.11.99